

"Der Größenwahnsinn der Hohen Behörde Schumans" in La Libre Belgique (12. Januar 1953)

Legende: Am 12. Januar 1953 veröffentlicht die konservative Tageszeitung La Libre Belgique eine kritische Bewertung der ersten Ergebnisse der Hohen Behörde der EGKS.

Quelle: La Libre Belgique. 12.01.1953, n° 12; 70e année. Bruxelles: Société d'Édition des Journaux du Patriote. "La mégalomanie de la Haute Autorité Schuman", p. 1.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/der_gro%C3%9Fenwahnsinn_der_hohen_behorde_schuman_s_in_la_libre_belgique_12_januar_1953-de-edad6foe-944a-46ad-a742-fo384dfc337d.html



Publication date: 06/07/2016

Der Größenwahn der Hohen Behörde Schumans

Ein grundlegender Irrtum der Dirigisten von Luxemburg

Wie bereits berichtet, legte die „Hohe Behörde“ der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl am 10. Januar der Straßburger Versammlung einen Bericht vor, in dem die seit ihrer Gründung am 10. August letzten Jahres geleistete Arbeit dargelegt wird. In diesem Dokument werden die organisatorischen Maßnahmen und die Leitgedanken beschrieben, die die Hohe Behörde zur Grundlage ihres Handelns machen will.

Auf den ersten Blick scheint dieses Dokument zum rechten Zeitpunkt zu kommen, taucht doch gerade jetzt in vielen Ländern die Frage nach den ersten praktischen Maßnahmen auf, die sich aus der bevorstehenden Zusammenlegung der Kohle- und Stahlindustrien der Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft ergeben. Deshalb wurde dieses nicht besonders umfangreiche Dokument mit großem Interesse empfangen, und es wurde versucht herauszufinden, welche nützlichen Erkenntnisse sich gewinnen lassen.

Ohne den ganzen Inhalt dieses Berichts schlecht machen zu wollen, muss man jedoch sagen, dass die wichtigsten Punkte fehlen und dass wir hinsichtlich der Bedingungen, unter denen die betroffenen Industriezweige arbeiten werden, nicht schlauer als zuvor sind. Im Übrigen gibt es in diesem Bericht neben besagten Auslassungen andere Punkte, die wir dort lieber nicht hätten finden wollen.

Im Grunde zeigen die in diesem Dokument behandelten Tendenzen einen Dirigismus und eine Planwirtschaft, die sehr wohl auf der Linie des derzeitigen Präsidenten der Hohen Behörde Jean Monnet liegen, jedoch dem Gedankengut der Unterzeichnerstaaten des Vertrags zur Gründung der EGKS nicht entsprechen.

Wir sagen nicht, dass der gesamte Inhalt dieses Berichts schlecht ist. Vor allem die angekündigte Abschaffung der Vorzugstarife im Transportwesen zugunsten einiger Kohle- und Metallerzeugnisse stellt einen Schritt dar, dessen Bedeutung unleugbar ist. Wir beschränken uns auf die Hoffnung, dass der französischen Regierung bei der Umsetzung solcher Entscheidungen keine Steine in den Weg gelegt werden und dass sie bei der Liberalisierung des Transportwesens nicht durch Überlegungen eines Handels- und Hafenprotektionismus aufgehalten wird. Man kann mit heftigen Protesten von Interessenverbänden rechnen, welche vielleicht nicht unbedingt Argumente des Allgemeinwohls geltend machen können, wohl aber eine Tradition, der bis heute alle französischen Regierungen verpflichtet waren.

Der Bericht der Hohen Behörde beschreibt die Organisation so, wie sie selbst sich versteht; außerdem bestätigt er, dass die Erhebung eines Beitrags von bald 0,9 % – für unser Land 400 Millionen belgische Francs – zur Sicherung der finanziellen Mittel der Hohen Behörde nötig war. Wie bereits gesagt, brauchte die Hohe Behörde dies aber nicht zur Sicherung ihrer finanziellen Mittel; im Übrigen muss sie auch gar nicht auf diese Mittel zurückgreifen, solange sie sich über deren Verwendung nicht im Klaren ist.

Doch hat sie, wie wir lesen, große Pläne. So sieht sie Investitionsausgaben vor, die im Laufe der nächsten vier bis fünf Jahre ein jährliches Volumen von einer bis 1,3 Milliarden Dollar betragen könnten; dies entspräche 50 bis 65 Milliarden belgischer Francs. Über fünf Jahre betrachtet wären das Investitionen in Höhe von 250 bis 325 Milliarden belgischer Francs.

Man sieht sofort, dass die Hohe Behörde hierbei in einen Größenwahn verfällt, denn solche Zahlen sind wirtschaftlich nicht zu vertreten. Es kann nicht angehen, dass hier aus Spaß an der Investition investiert wird, es muss vielmehr für einen wirtschaftlich gerechtfertigten Zweck geschehen.

Es trifft zu, dass in dem Bericht die Rede von der Notwendigkeit großer Investitionsanstrengungen ist und als Argument auf die Tatsache verwiesen wird, dass die sechs Länder der Gemeinschaft ihre Kohle- und Stahlproduktion seit 1929 in wesentlich geringerem Umfang als die Vereinigten Staaten oder Russland gesteigert haben.

Zur Überwindung dieses relativen Rückstands erstellte die Hohe Behörde des Schuman-Plans ein gigantisches Investitionsprogramm. **Doch ist diese Überlegung im Grundsatz falsch. Damit sie fundiert wäre, müsste bewiesen werden, dass Europa eben aufgrund fehlender Investitionen nicht die gleichen Zuwachsraten wie die anderen Länder verzeichnet hat. Das aber trifft nicht zu.**

Was geschah wirklich? Zunächst war Europa bei der Stahlproduktion und -verarbeitung schon sehr viel weiter fortgeschritten als Russland oder sogar die Vereinigten Staaten. Der europäische Binnenmarkt konnte sich nicht mehr so wie der der neuen Länder entwickeln, nicht einmal wie der amerikanische Markt, wo noch enorme Arbeiten notwendig waren. Da sich der Binnenverbrauch nicht erhöhte, war es ganz normal, dass auch die Produktion nicht weiter gesteigert wurde.

Dies war umso unvermeidlicher, als sich die Exportmärkte für die Erzeugnisse aus den europäischen Ländern und vor allem aus der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion nach und nach verschlossen hatten. Belgien hätte seine Produktion seit fünfzehn Jahren erheblich steigern können, hätte es eine Absatzmöglichkeit gehabt. Gleiches trifft für Frankreich zu, und Deutschland wird seine Produktion mit Hilfe seiner derzeitigen, bedeutend verbesserten Mittel rasch erhöhen können.

Die Theoretiker des Schuman-Plans stehen immer noch unter dem Eindruck der Kriegs- und Mangelzeiten und befürworten die Produktion um jeden Preis. Man hat jedoch mehrmals sehen können, dass das große Problem Europas nicht in der Produktionssteigerung liegt, sondern darin, das Produzierte auch zu nutzen und die Überschüsse im Ausland zu verkaufen.

Abgesehen vom Krieg und der unmittelbaren Nachkriegszeit gab es in Europa nie einen Mangel an Stahl, und wenn es an Kohle fehlte, lag dies an der schlechten Organisation infolge des Krieges und seiner Konsequenzen. Europa kann seine Nachfrage problemlos ohne eine gigantische Planwirtschaft decken, vor allem durch die Ausweitung der deutschen Produktion. Es sollte sowieso keine allzu langfristige Planung geben, denn schließlich steht das Atomzeitalter vor der Tür, und die in der Kohleindustrie getätigten Investitionen würden sich eines Tages vielleicht als zwecklos oder zumindest als übertrieben erweisen.

Zu den anderen Unregelmäßigkeiten des Berichts gehört auch der Bau von 50 000 Häusern für die Arbeiter der beiden betroffenen Industrien. Es entsteht der Eindruck, die Nachbarländer wollten ihre allgemeine Wohnungsnot auf Kosten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl lösen. In Belgien beispielsweise besteht für die Arbeiter dieser beiden Industriezweige kein großer Wohnungsbedarf. Zwar besteht bei uns weiterhin ein Bedarf an Wohnraum, der lässt sich aber durch regelmäßige Renovierungen und den Abriss der Elendsviertel beseitigen. Wir benötigen die Siedlungen, mit denen die Väter des Schuman-Plans uns bedenken wollen, nicht mehr. Überdies sollten im Ausland keine Wohnstätten mit Geldern geschaffen werden, die im Grunde genommen aus Belgien stammen.

Wenn sich nichts ändert, ist der Schuman-Plan gerade dabei, sich zu einer großen Planwirtschafts- und Dirigismusmaschinerie zu entwickeln; damit bestätigen sich alle Befürchtungen, welche vor der Unterzeichnung des Vertrags im Laufe der öffentlichen Debatte geäußert wurden. Indem behauptet wurde, es handele sich um eine zusätzliche und koordinierende Maßnahme, wollte man uns beruhigen. Heute sieht man jedoch ganz deutlich, dass die Ziele um ein Vielfaches höher gesteckt worden sind und dass es darum geht, ganz Europa in eine Planwirtschaft umzuwandeln, indem mit den beiden Grundindustrien begonnen wird.

Wie schon in Bretton Woods kann man wieder einmal verfolgen, dass wir ohne zu überlegen Verpflichtungen eingegangen sind; was den Rest angeht, glauben wir nicht, dass der Schuman-Plan auf Dauer Bestand haben kann, wenn seine Förderer so weiter machen wie bisher.

Es werden die Öffnung der Märkte und einheitliche Wettbewerbsbedingungen gefordert. Hält man sich an diese Standpunkte, wird man das Ergebnis sehen. Das ist allemal besser, als uns in eine Politik von dirigistischem Größenwahn zu stürzen, wie es anscheinend die Absicht der Hohen Behörde ist.